

Antrag

der Fraktion der SPD

Zwischenbericht und Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Vorbehalt des Deutschen Bundestages zur Inbetriebnahme des Schnellbrutreaktors SNR 300 vom 14. Dezember 1978 (Drucksache 8/2370) wird derzeit nicht aufgehoben.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bewertung der Kosten und des ökonomischen Nutzens des SNR 300 und der Brüter-Technologie ist ungeklärt. Die von der Bundesregierung beschlossene volkswirtschaftliche und technologische Neubewertung der fortgeschrittenen Reaktorlinien steht aus.
2. Die Finanzierung des SNR 300 ist angesichts der Kostensteigerung des Projekts nicht gesichert. Zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt können nicht zur Verfügung gestellt werden. Ein Finanzierungsvorschlag der Bundesregierung liegt nicht vor.
3. Gegen wichtige Sicherheitsauflagen der Genehmigungsbehörden sind von der für den Bau verantwortlichen Firma Rechtsmittel eingelegt worden. Vor einer verantwortlichen Beurteilung müssen die hier aufgeworfenen wichtigen Sicherheitsfragen geklärt sein.
4. Die im Auftrag der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ entstandenen Arbeiten zu Sicherheitsfragen haben gezeigt, daß wichtige Sach- und methodische Fragen der Sicherheitsanalyse weiterer Klärung bedürfen. Diese Fragen sind jetzt vom Deutschen Bundestag und von den zuständigen Genehmigungsbehörden weiter zu verfolgen.
5. Einer politischen Empfehlung zur möglichen Inbetriebnahme des SNR 300 muß die Betrachtung des Gesamtrisikos des SNR 300 zugrundeliegen und der Nachweis erbracht

werden, daß der Nutzen des SNR 300 es rechtfertigt, das damit verbundene Risiko zu akzeptieren. Dieser Nachweis ist bisher nicht erbracht.

Bonn, den 24. November 1982

Wehner und Fraktion